

LANDSHUTER GYMNASIUM

Gericht: Rausschmiss der NPD rechtens

In einem Gymnasium in Landshut wollte die rechtsextreme NPD eine Tagung abhalten. Stadt und Schule wehrten sich – mit Erfolg. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof schob dem Plan nun einen Riegel vor.

München/Landshut – Erfolg gegen Rechtsextremismus: Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat entschieden, dass die Stadt die Mensa des Hans-Leinberger-Gymnasiums nicht für einen Landeskongress der Jugendorganisation der NPD zur Verfügung stellen muss. Da-

mit bestätigte der VGH eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Regensburg vom 21. Dezember. Dagegen hatte die NPD Beschwerde eingelegt. Gegen die VGH-Entscheidung gibt es kein Rechtsmittel.

Nach Ansicht der Richter kann sich die NPD nicht darauf berufen, dass die Schulmensa bereits von anderen Parteien genutzt wurde. Zwar habe die Stadtverwaltung vor kurzem der Grünen Jugend Bayern die Räumlichkeiten überlassen. Dann aber habe der eigentlich zuständige Stadtrat in einem Beschluss klargestellt, dass schulische Einrichtungen für parteipolitische Veranstaltungen nicht



Erfolg gegen Rechts: Vor Weihnachten gingen in Landshut bereits 3000 Schüler gegen die NPD auf die Straße. DAPD

zur Verfügung stünden. Dies gelte ausdrücklich für jegliche politische Gruppierung. Die NPD wollte die Mensa am 7.

Januar für einen sogenannten Jugendkongress mieten und hatte als Ersatztermine auch alle folgenden Samstage bis

Ende April 2012 beansprucht. Das Verwaltungsgericht Regensburg lehnte den NPD-Antrag vor zwei Wochen mit deutlichen Worten ab: „Bei der NPD handelt es sich um eine rechtsextremistische und verfassungsfeindliche Partei.“ Hiervon könne bei der Grünen Jugend nicht die Rede sein.

Als „Sieg der Demokratie“ begrüßte Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) die Entscheidung der Münchner Richter. „Die Schule darf auch an Wochenenden nicht als Stätte missbraucht werden, an der sich Rechtsextremisten zusammenrotten dürfen“, teilte Spaenle mit. Der Protest der Schule und der

Stadt Landshut sei „ein beeindruckendes Zeugnis tief verwurzelter und gelebter Demokratie“. Auch Innenminister Joachim Herrmann (CSU) zeigte sich hocherfreut. Die VGH-Entscheidung sei ein richtungsweisendes Signal. „Verfassungsfeinde und Rechtsextremisten haben an unseren Schulen nichts zu suchen und dürfen dort keinen Platz finden“, sagte Herrmann. „Wo immer sich Neonazis breit machen und ihre Ideologie verbreiten wollen, müssen alle aufrechten Demokraten aufstehen und klare Zeichen setzen.“ Die Landshuter Bürger und ihre Stadtverwaltung hätten sich hier vorbildlich verhalten. lby